

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski MdB,
Vorsitzender des Arbeits-
kreises I der SPD-Bundes-
tagsfraktion, begrüßt die
Ansprache Ronald Reagans:
Ein eindeutiges Signal.

Seite 1

Wolfgang Clement: Union
ohne Null-Option.

Seite 2

Fritz Sänger würdigt Erich
Gottgetreu: Unbeirrt bis
zum Ende.

Seite 3

Magdalene Hoff MdEP zu
einem EP-Vorstoß von CDU/
CSU und FDP: Verzugszinsen
für die Europäische Gemein-
schaft.

Seite 4

Rolf Wernstedt MdL und Jens-
Rainer Ahrens MdL zur Ge-
samtchule in Niedersachsen:
Auf dem richtigen Weg.

Seite 5

Jürgen Böddrich MdL be-
schreibt, wie der Bayerische
Rundfunk das Geld zum Fen-
ster hinausschauft: Astro-
nomische Honorare für die
Astro-Show.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 221

19. November 1981

Ein eindeutiges Signal

Konzentration auf Rüstungskontroll-Verhandlungen

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheits-
politik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Rede des amerikanischen Präsidenten vor dem Nationa-
len Presseclub in Washington ist ein eindeutiges Signal
dafür, jetzt alle Anstrengungen auf Verhandlungen mit
der Sowjetunion über Fragen der Rüstungskontrolle zu
konzentrieren. Es ist ein großer Fehler, diese Rede
als "reine Propagandamanöver" abzutun. Die Vereinigten
Staaten sind ernsthaft bemüht, Fortschritte auf dem Ge-
biet der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu erzielen.

Sie streben

- wesentliche Verringerungen auf dem Gebiet der strate-
gischen Waffen
- eine Nulllösung auf dem Gebiet landgestützter nuklearer
Mittelstreckenwaffen und
- ein niedrigeres Niveau der konventionellen Streitkräfte
in Europa

an.

Die Klarstellungen des amerikanischen Präsidenten zur
amerikanischen Rüstungskontrollpolitik sind zu begrüßen.



Daß sie am Vorabend des Besuchs von Leonid Breschnew in Bonn erfolgt sind, ist für die deutsch-sowjetischen Gespräche hilfreich.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang insbesondere das Angebot, "auf die gesamte Dislozierung neuer amerikanischer Raketen in Europa zu verzichten, wenn die Sowjetunion bereit ist, in gleicher Weise zu antworten." Die dazu notwendigen Verhandlungen werden sehr schwierig sein.

Es ist verständlich, daß in einer öffentlichen Rede, die in erster Linie zur Klarstellung der außenpolitischen Ziele der Vereinigten Staaten diene, nicht im Detail über Verhandlungspositionen gesprochen werden kann. Die Erarbeitung detaillierter westlicher Verhandlungsziele erfolgt in der Special Consultative Group, die im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß ins Leben gerufen wurde. Dabei wird auch zu entscheiden sein, welche Rückwirkungen das britische und französische Nuklearpotential auf die bilateral geführte amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen hat.

Der amerikanische Präsident hat in seiner Rede in Washington Bezug auf seinen Brief an den sowjetischen Staats- und Parteichef vom April dieses Jahres genommen. Darin kommt von amerikanischer Seite der Wille zum Ausdruck, den Dialog mit der Sowjetunion auf breiter Basis aufzunehmen. Es wäre gut, wenn die deutsch-sowjetischen Gespräche in Bonn auch dazu beitragen könnten, diesen notwendigen Dialog der beiden Weltmächte wiederherzustellen und tatsächlich in Gang zu setzen. (-/19.11.1981/hi/ca)

+ + +

Union ohne Null-Option

Der "Anti-Amerikanismus"-Vorwurf schlägt auf Kohl/Strauß zurück

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Die Vorschläge von US-Präsident Ronald Reagan zu einer umfassenden Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich signalisieren, daß nunmehr namentlich in Genf - bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangspositionen, mit denen Sowjets und Amerikaner an den Verhandlungstisch gehen - reelle Verhandlungschancen bestehen. Für die nuklearen Mittelstreckenraketen haben die USA bekanntlich eine beiderseitige Null-Lösung zu ihrem Verhandlungsziel erklärt. Die Bundesregierung sowie die sie tragenden Parteien SPD und FDP haben diesen Weg in die richtige Richtung nicht unmaßgeblich mitbereitet.

Jedermann wird sich erinnern, wie hingegen CDU und CSU dieses Bemühen von Bundeskanzler, Bundesaußenminister, SPD-Vorsitzendem und anderen immer wieder in Frage gestellt, ja, buchstäblich verketzert haben. Heute liest man es anders. Beispielsweise beim außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Mertes, der soeben die Hoffnung formulierte, daß die Sowjetunion auf den "ernsthaften und progressiven" Abrüstungsvorschlag der USA ebenso ernsthaft antworte.

Man muß dies zweimal studieren, um zu erkennen, wie zutiefst widersprüchlich das Verhalten der Bonner Opposition gerade mit Blick auf eine Null-Lösung für die nuklearen Mittelstreckenraketen ist. Monatelang haben die wichtigsten Sprecher der Unionsparteien jedermann mit Verdächtigungen und geradezu mit Mohn überzogen, der in diese Richtung auch nur dachte. Das rechtfertigt die Feststellung, daß die CDU/CSU nicht den geringsten Anteil daran hat, daß man dem Verhandlungsbeginn in Genf jetzt zwar nicht mit unkritischem Optimismus, wohl aber mit begründeten Erwartungen entgegensehen kann.

Die führenden Oppositionspolitiker, allen voran der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl und CSU-Chef Franz Josef Strauß, haben mit ihren Aussagen der letzten Wochen vorweg aber auch die amerikanische Verhandlungsposition für Genf, wie sie sich heute darstellt, ins Zwielficht gezogen.

Der platte "Anti-Amerikanismus"-vorwurf schlägt auf die Union zurück. Wie sehr, das lehrt eine kleine Auswahl von Kohl- und Strauß-Zitaten. So sagten:



- Helmut Kohl am 27. März 1981 in der "Augsburger Allgemeinen":
"Die Vorstellung, die Nachrüstung könne durch erfolgreiche Verhandlungen mit Moskau am Ende gänzlich hinfällig werden, war von Anfang an nicht richtig gewesen. Diese Illusion hat auch der Bundeskanzler leichtfertigerweise immer genährt. Die Verhandlungen sind kein Ersatz für eine angemessene nukleare Abschreckung."
- Franz Josef Strauß am 5. Juli in "Bild am Sonntag":
"Diese Null-Optionäre meinen, die Sowjets könnten bereit sein, ihre SS 20-Raketen wieder zu zerstören. Das ist pure Illusion."
- Franz Josef Strauß am 5. Juli im Deutschlandfunk:
"Wenn Herr Brandt von einer Null-Option spricht in dem Sinne, daß die Sowjets ihre installierten Mittelstreckenraketen demontieren, zerstören, den ursprünglichen Zustand wieder herstellen, dann glaube ich, daß bei ihm Wunschtraum und Phantasie seinen Verstand verdrängt haben."
- Franz Josef Strauß am 17. September im Deutschen Bundestag:
"Herr Genscher, wir sollten aufhören, uns in Wunschträumen mit Null-Optionen zu ergehen... Sie müssen Ihre eigenen Anhänger in den Regierungsparteien, Ihre jungen Leute darauf vorbereiten, daß die Null-Option zwar ein schönes Verhandlungsziel ist, daß aber die Wirklichkeit, auf die wir uns einrichten müssen, etwas anders aussehen wird als die Null-Option... Man soll nicht immer auf Verhandlungen allein starren und von ihnen Wunder erwarten."
- Helmut Kohl am 17. September im Deutschen Bundestag:
"Die gleiche Wirkung, Herr Bundeskanzler, erzeugt nun dieses neue Gerede von der Null-Option. Sie sagen, daß Sie sich im Idealfall sogar eine Null-Option vorstellen können, das heißt Verzicht auf Nachrüstung, wenn die Sowjets ihre Mittelstreckenraketen gänzlich abbauen. Lassen Sie mich doch in aller Deutlichkeit sagen, Herr Bundeskanzler: Dieses Gerede - etwas anderes ist es nicht - ist eine schlichte Täuschung der deutschen Öffentlichkeit..."

Illusionen? Wunder? Wunschträume von Null-Optionären? Täuschungen? Nun, da Präsident Reagan das Stichwort gegeben hat, versuchen dieselben CDU/CSU-Sprecher behende, sich auf den in Bewegung gekommenen Verhandlungszug zu schwingen. Nichts dagegen. Nur: Krasser ist die Opposition selten vorgeführt worden, denn die bisherige Verkettung der deutschen Fürsprecher einer Null-Option und die heutige Bejubelung der Amerikaner zeigen, wie sehr die Union über Monate die deutschen und europäischen Interessen mißachtet und vernachlässigt hat.

(-/19.11.1981/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Unbeirrt bis zum Ende

Es war Erich Gottgetreu

Von Fritz Sänger

Er wurde 1903 in Chemnitz geboren und 1981 in Jerusalem begraben. Ich habe ihn in Berlin nie anders als schreibend gesehen. "Moment mal...." waren die Begrüßungsworte. Man setzte sich, falls ein Stuhl ohne Zeitungen oder Zeitschriften zu finden war. Der Moment dauerte zwar keine Ewigkeit, aber er schrieb flott und konzentriert, was er für den "Sozialdemokratischen Pressedienst" in Berlin (1930 bis 1933 hauptamtlich) oder für Zeitungen und in deutschsprachigen Zeitschriften im Ausland und Inland gerade im Kopf hatte, unbeirrt bis zum Ende.

Es müssen viele Zentner Papier gewesen sein, die Erich Gottgetreu in den fast sechs Jahrzehnten seiner journalistischen und publizistischen Arbeit beschrieben hat, mit Informationen, Kommentaren, Glossen, Aufsätzen und wenn ich mich nicht irre - aber vielleicht sollte es ein Geheimnis sein - auch mit Reimen, "zottigen Reimen", wie er einmal sagte. Vor allem aber war und blieb er bis zuletzt Reporter. Die Zahl seiner Reportagen muß sehr groß geworden sein. Er schrieb sie mit exakten Pointen, mit Witz und immer aus einer unverfälschten Wirklichkeit, die er kritisch beleuchtete.

Aus Israel kamen von Erich Gottgetreu die ersten Informationen und Berichte, die mit Substanz die Probleme des jungen Staates darstellten, der um seine Existenz rang. Gottgetreu schrieb seine Stellungnahmen, ohne Diener eines Herrn oder eines Dogmas zu sein. Er wußte, daß die Freiheit des einen nur bis an die Grenzen der Freiheit des Nächsten reichen konnte, dem man begegnen, mit dem man sprechen müsste. Die amerikanische Agentur Associated Press, die französische Agence Havas, dann de Gaulles Agence Francaise Independance und auch die Deutsche Presseagentur nahmen seine Mitarbeit in Anspruch.

So tendenzfrei und korrekt Erich Gottgetreu berichtete, er lebte doch stets bewußt in der Solidarität der sozialdemokratischen Genossen. Dieses Leben brachte ihm viel Freude, nicht weniger Not, Entbehrungen und Enttäuschungen. Er lebte es in ständiger enger Teilnahme am Geschehen in dieser Welt, die er auf vielen Reisen kennengelernt hatte.

Die Fäden, die nach Deutschland führten, klagte er einmal, seien dünn geworden. Aber er wußte, daß er in seiner Heimat nicht vergessen war. Im Cedenken und in Dankbarkeit für ihn bleibt er unter seinen Freunden bei uns. (-/19.11.1981/hi/ca)



Verzugszinsen für die Europäische Gemeinschaft ?

CDU/CSU und FDP stellen EP-Haushaltskompromiß in Frage

Von Magdalene Hoff MdEP

Stellvertretender Obmann der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Mitglied des Haushaltsausschusses des EP

Im Dezember 1980 verabschiedete das EP den Haushalt für 1981 und einen Nachtragshaushalt für 1980 gegen die Bedenken der Bundesrepublik, Frankreichs und Belgiens; sie verweigerten deshalb teilweise ihre Zahlungen an die EG. Die Bundesregierung ging sogar soweit, am 2. März 1981 die Kommission zu verklagen.

Das Parlament hat auf diese Klage mit einhelliger Verärgerung reagiert. Besonders die sozialdemokratischen Abgeordneten wiesen den Versuch, die Haushaltsbefugnisse des Parlaments in Frage zu stellen, in aller Schärfe zurück.

Im Verlauf des Jahres 1981 nahmen jedoch die betroffenen Länder eine flexiblere Haltung ein und es gelang Rat und Parlament im Juli 1981 eine politische Lösung zu finden: Im Berichtigungshaushalt 1981 sollten die Ausgaben um rund 200 Millionen ERE (circa 482 Millionen DM) reduziert und damit die Mitgliedsstaaten entlastet werden. Die drei Mitgliedsländer haben sich ausdrücklich verpflichtet, zurückgehaltene Beiträge zu zahlen, wenn das Parlament den Berichtigungshaushalt in einer Lesung erledigen würde. Das ist geschehen.

Die politische Lösung wurde im Parlament im September bei der Beratung des neuen Berichtigungshaushalts mitgeteilt und von allen akzeptiert.

Daß nun einige CDU/CSU-Politiker wie Herr Aigner und auch der FDP-Abgeordnete Irmer sich damit nicht zufrieden geben wollen, ist unverständlich. In Presseerklärungen wurde die Kommission aufgefordert, von der Bundesregierung Verzugszinsen zu verlangen. Es zeugt nicht von Verantwortungsbewußtsein, nachträglich eine Vereinbarung zwischen Rat und Parlament in Frage zu stellen und damit die Glaubwürdigkeit des Parlaments aufs Spiel zu setzen. Der Rat hat dem Parlament in fast allen Punkten nachträglich Recht gegeben. Einen solchen politischen Erfolg darf man nicht mit Erbsenzählermethoden in Frage stellen.

(-/19.11.1981/va-he/ca)

+

+

+



Auf dem richtigen Weg

In Niedersachsen hat sich die Gesamtschule bewährt

Von Rolf Wernstedt MdL und Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens MdL

Die Integrierten Gesamtschulen Niedersachsens sind auf dem richtigen Weg, es kommt nur darauf an, die richtigen politischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Das beweist die wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen, die sowohl an Umfang wie Solidität beachtlich ist. Sie bewahrt vor leichtfertigen Fehlschlüssen und bietet genügend Anhaltspunkte, erkennbare Probleme an der Sache orientiert zu lösen. Die Untersuchungen stärken die Argumente der Befürworter der Gesamtschulen und weisen die Diffamierer in ihre Schranken.

Als wesentliche Ergebnisse der Untersuchungen ist hervorzuheben:

- Die Integrierten Gesamtschulen bieten ein außergewöhnliches hohes Maß an Freiheit, die sich ausdrückt in großer Gelassenheit bei Schülern und Lehrern und die Voraussetzung für das immer wieder hervorgehobene "gute Schulklima" ist.
- Die Ergebnisse der bisherigen Leistungsvergleiche zum dreigliedrigen Schulsystem lassen kein abschließendes und endgültiges Urteil zu. Auch wenn Gesamtschüler durchschnittlich höhere Abschlüsse als im herkömmlichen Schulwesen erreichen, verwenden sie ihre Abschlüsse leistungsgerecht. Nicht jeder, der zum Beispiel zur gymnasialen Oberstufe überwechseln könnte, tut dies auch. Drei von sechs untersuchten Integrierten Gesamtschulen haben einen besseren Leistungsstandard aufzuweisen als Vergleichsschulen im herkömmlichen Schulsystem.
- Die Gesamtschule erweist sich als Schulform, von der alle Kinder profitieren können. Im dreigliedrigen Schulsystem profitieren vor allem Gymnasiasten und Realschüler auf Kosten und zu Lasten der in die Hauptschule abgedrängten Kinder.
- Die Gesamtschüler zeigen einen erhöhten Widerstand gegen Bevormundung. Dies ist unter Berücksichtigung der deutschen Bildungstradition, die Auswendiglernen immer höher bewertet hat als Zivilcourage, ein hoffnungsvolles Zeichen.
- Die Gleichwertigkeit aller Fächer in den Integrierten Gesamtschulen ermöglicht es Kindern, ihre Stärken zu entwickeln und sich nicht dem Dauerfrust ewigen Versagens ausgesetzt zu sehen.

Zur weiteren Entwicklung der Gesamtschulen in Niedersachsen sind folgende Forderungen aufzustellen:

- Auftrag für eine vergleichbare Untersuchung des dreigliedrigen Schulsystems,
- gesamtschulgerechte Hilfen, um die Probleme der inneren Differenzierung und des Faches Englisch zu beheben,
- Erhöhung des Ganztagszuschlags, um die soziale Erziehung voll wirksam werden zu lassen,
- vorbehaltlose Anerkennung der Abschlüsse, damit diese Unsicherheit die pädagogische Arbeit an den Gesamtschulen nicht länger belastet,
- Berücksichtigung der spezifischen Interessen der Gesamtschulen im angekündigten Grundsatzterlaß.

Die niedersächsische Landtagsfraktion wird in einer Fachtagung die Ergebnisse der Untersuchung noch eingehender prüfen. Dort sollen auch geeignete politische Forderungen zur Sicherung und dem Ausbau der Gesamtschulen in Niedersachsen vorbereitet werden.

(-/19.11.1981/v0-he/ca)

+

+

+



Astronomische Honorare für die ASTRO-Show

Wie der Bayerische Rundfunk das Geld zum Fenster hinausschauft

Von Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD
Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Die Forderungen der Rundfunkanstalten nach einer Erhöhung der Rundfunkgebühren - über die derzeit vorgesehenen 2,25 Mark ab 1984 hinaus - haben zweifellos einige Berechtigung. Mindestens ebenso notwendig jedoch ist es nach Auffassung der SPD, daß die Rundfunkanstalten erst einmal selbst alle Einsparungsmöglichkeiten ausschöpfen. Bedauerlicherweise gibt es beim Bayerischen Rundfunk, dessen Intendant besonders laut Gebührenerhöhungen fordert, Praktiken, die die Glaubwürdigkeit der Argumente in Frage stellen. Insbesondere im Bereich der freien Verträge wird fallweise ganz offensichtlich das Geld zum Fenster hinausgeschauft, als ob man aus dem Vollen schöpfen könnte. Solange dieser Vertragssumpf nicht trockengelegt ist, kann die Notwendigkeit von höheren Gebühren der Öffentlichkeit nicht plausibel gemacht werden.

Ich werde Fernsehdirektor Geller auf der nächsten Rundfunkratssitzung am heutigen Donnerstag (19. November) einige Fragen stellen, die sich auf die ominöse Astro-Show beziehen.

Zum Beispiel würde ich gerne wissen, mit welcher Begründung dem ausgeschiedenen Showmaster Horst Buchholz Abschlagzahlungen für alle restlichen sieben Folgen (bis Januar 83) gezahlt werden sollen. Üblicherweise werden einem freien Mitarbeiter, der - wie Buchholz - scheidet, nur für eine weitere Produktion ein Ausfallhonorar bezahlt. Der "Hotte" aber soll für sieben Mal Nichtstun mehrere Zehntausend Mark kassieren. Wer ist im Bayerischen Rundfunk für eine derartige Vertragsgestaltung verantwortlich, die nicht nur gegen die üblichen Vertragsregeln verstößt, sondern dem Gebot der Sparsamkeit in eklatanter Weise Hohn spricht?

Interessant wäre weiterhin zu erfahren, wie die erstaunliche Höhe des Regisseur-Honorars begründet wird. 20.000 Mark pro Folge kassiert Regisseur Heinz Lindner, wie zu vernehmen ist, dazu pro Folge 2.000 Mark Mitarbeiterhonorar für das Astro-Buch, was besonders merkwürdig erscheint, da das Buchhonorar bereits an andere Personen (worauf noch einzugehen ist) gezahlt wird.

Zu fragen ist auch, ob es zutrifft, daß dem Astro-Regisseur nach 15jähriger Festanstellung beim BR erlaubt wurde, rückwirkend zum 1. Januar 1981 zu kündigen, nachdem



dieser merkte, daß er als freier Regisseur bei der Astro-Show mehr kassieren kann. Nach den üblichen Tarifverträgen kann ein festangestellter Mitarbeiter nach mehr als zehnjähriger Vertragsdauer nur mit einer Frist von zwölf Monaten zum Jahresende kündigen. Lindners Kündigung hätte daher erst zum 31. Dezember 1982 wirksam werden können. Die fristwidrige Kündigung mag durchaus in gegenseitigem Einvernehmen erfolgt sein, dies erübrigt nicht die Frage, warum der BR sich auf diesen für ihn finanziell sehr nachteiligen Handel einließ. Wäre der Regisseur Lindner vielleicht nicht bereit gewesen, als festangestellter BR-Mitarbeiter diese Regie zu übernehmen?

Ich möchte auch gerne wissen, ob wenigstens gewährleistet ist, daß der Regisseur nach Beendigung seiner Astro-Tätigkeit nicht wieder fest angestellt wird. Oder ob nach dem Motto verfahren wird, wer etwas arbeitet, wird zum doppelten Salär freigestellt und dann fürs Däumchendrehen wieder in seinen beamtenähnlichen Status zurückversetzt.

Staunen dürfte der Fernsehzuschauer schließlich auch, wenn er die Höhe des Honorars für die Vorbereitung und das Drehbuch der Sendung erfährt. Nachdem der BR-Hauptabteilungsleiter für Unterhaltung, Dr. Christoph Schmid, auf entsprechende Fragen kürzlich abgewiegelt hat, möchte ich nun doch genau wissen, ob es zutrifft, daß für Idee und Drehbuch 71.000 Mark bezahlt werden - und zwar pro Folge.

Erster Vertragspartner des BR in Sachen Astro war eine Firma Apollon. Mit dieser wurden 16.000 Mark pro Sendung für Lizenz und Vorbereitung sowie 55.000 Mark für das eigentliche Drehbuch vereinbart. Als diese Firma (aus Gründen, die hier keine Rolle spielen) ausstieg, sprang der Drehbuchautor Marino Lazzaroni ein, um die 55.000 Mark zu erarbeiten. Die 16.000 Mark kassierte als neuer Lizenzträger der Rechtsanwalt des Herrn Lazzaroni. Die Ehefrau des Lazzaroni macht zudem die Hand als freie Mitarbeiterin der Astro-Sendung auf.

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, kreative Tätigkeiten angemessen zu honorieren - 55.000 Mark für ein einziges Astro-Drehbuch stellen für den gebührend zahlenden Fernsehzuschauer eine Zumutung dar. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß bei der Produktion von Show-Serien Zigtausende freihändig und kaltschnäuzig an Leute verteilt werden, die vor allem eine Fähigkeit besitzen: Klappern und sich teuer zu verkaufen.

(-/19.11.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

